

stieren der Öffentlichkeit das zu sagen, was hierüber gesagt werden muß. Man kann deshalb gerade diesen Ausführungen der morgigen Tagung mit größter Spannung entgegensehen, zumal sie noch durch den Geschäftsbericht, den das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verbandes, Herr Dr. Johannes März, auf Grund des reichen, beim Verband vorliegenden Materials und der vom Verband im vergangenen Jahre geleisteten Arbeit erhalten wird, und ebenso durch das wertvolle Material des Herrn Reichstagsabg. Walter Daub über „Die entscheidende Bedeutung des Exports für unsere Wirtschaft“ noch in wirkungsvoller Weise ergänzt werden dürfte.

Aber auch nach anderer Richtung hin ist das Thema „Wirtschaftsnot, Volksnot, Staatsnot“, auf das wir in diesem Zusammenhang erneut zurückkommen müssen, von programmatischer Bedeutung. Zeigt es doch, daß auch unter dem neuen Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller der Verband seine alte gute Tradition, alle derartigen Probleme nicht unter dem Gesichtswinkel einer egoistischen Interessenspolitik zu verfolgen, sondern dabei auch auf das Allgemeinwohl und das Wohl des Staates bedacht zu sein, aufrechterhalten will. Die Formulierung des Themas kann nur so verstanden werden, daß zwar die Not der Wirtschaft von einem genauen Kenner der Wirtschaft und unter Vermutung der reichen Erfahrungen und des überzeugenden Materials, das dem Verband Sächsischer Industrieller zur Verfügung steht, mit aller Deutlichkeit unheimlich dargestellt werden soll, daß ferner mit derselben Deutlichkeit dargestellt werden soll, welche Ursachen zu dieser Not geführt haben und welche Maßnahmen auf inner- und außenpolitischem Gebiete notwendig sind, um diese Not zu beseitigen. Darüber hinaus wird aber der Vortragende zweifellos darlegen, daß es sich hier nicht nur um die Notlage eines Erwerbsstandes handelt, sondern daß auch das Wohlergehen des ganzen Volkes durch die schwierige Lage, in der sich dieser Erwerbsstand befindet, beeinträchtigt wird — man denke nur, um zwei Beispiele hervorzuholen, an die Auswirkung in der Richtung der Erwerbslosigkeit und an die Verminderung der Kaufkraft derjenigen Kreise, die durch eine daniederliegende Industrie selbst in ihren Einnahmen geschmälert sind. Der Vortrag wird schließlich ohne Schwierigkeit nachweisen können, daß als selbstverständliche Folgeerscheinung aus der Not des Staates sich hieraus ergibt, denn eine daniederliegende Wirtschaft ist selbst unter den brutalsten Besteuerungsmethoden auf die Dauer gesehen keine ertragreiche, sondern eine verfallende Steuerquelle und die vorher gekennzeichneten Auswirkungen einer teilweise zusammenbrechenden oder nur mit großer Schwierigkeit und nicht voller Ausnutzungsmöglichkeit aller Produktionsmittel fortgesetzten Wirtschaft schwächen naturgemäß auch die Steuerkraft anderer mit der Industrie nur indirekt im Zusammenhang stehender Bevölkerungskreise. Es ergibt sich hieraus die Schicksalsverbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit der Lage der deutschen Wirtschaft. Es ergibt sich ferner, daß die Industrie ein Hauptfaktor der Wirtschaft ist, daß alle Maßnahmen, die zur Herbeiführung einer Besserung der Lage der Industrie dienen, nicht lediglich zu werten sind als irgendein Geschenk, das man einem bestimmten Erwerbszweig in den Schoß wirft, sondern als eine Staatsnotwendigkeit, die zwar primär zugunsten eines Erwerbsstandes erfolgt und bestimmt ist, diesem Erwerbsstand zu helfen, die aber in ihrer Auswirkung doch letzten Endes dazu dient, die allgemeine Lage des deutschen Volkes und unseres deutschen Vaterlandes auch als Staat zu heben und zu kräftigen.

Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, ist der morgigen Tagung der sächsischen Industriellen die größte Bedeutung beizumessen, um so mehr, als auch die anwesenden Regierungs-, Behörden-, Parlamentarier- und sonstigen Gäste, die ja alle den Wunsch haben, an der Besserung unserer Lage mitzuarbeiten und die Vorschläge und Wege zu studieren, die zu einer solchen Besserung führen können, unter dem unmittelbaren Eindruck dieser Tagung Gelegenheit haben, ihre eigenen Anschauungen und Erfahrungen in diesen Fragen noch vertiefen und nachprüfen zu können.

Für den angehenden und jetzt in 27-jähriger erfolgreicher Tätigkeit erprobten Verband Sächsischer Industrieller wird aber die Tagung, wenn man berücksichtigt, daß die dort zu machenden Ausführungen selbstverständlich neben der allgemeinen Erörterung dieser Fragen auch noch eine besondere Klärung der speziellen sächsischen Verhältnisse enthalten, erneut den Nachweis erbringen, daß eine erfolgreiche Vertretung der Interessen eines bestimmten historisch entwickelten großen deutschen Wirtschaftsgebietes nur durch die Mitwirkung eines für dieses Wirtschaftsgebiet speziell tätigen, in sich geschlossenen, alle Branchen umfassenden Spitzenverbandes möglich ist. Nur eine solche Organisation ist in der Lage, im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaftsorganisation die Stimme eines in sich geschlossenen Wirtschaftsgebietes bei den maßgebenden Stellen mit der auf eigener Kenntnis der Verhältnisse beruhenden inneren Überzeugung erfolgreich zur Geltung zu bringen.

Die Veranlassung wird ferner auch richtunggebend sein für die Aufgaben, die der Verband Sächsischer Industrieller in der Zukunft unter seinem neuen Vorsitzenden hat. Wenn man die Arbeit dieses Verbandes, die sich naturgemäß aus vielen Komponenten — nicht zuletzt aus der Arbeit seines Gesamtvorstandes, seiner Geschäftsführung, seiner Ortsgruppen usw. — zusammensetzt, rein äußerlich nach den Zeitabschnitten, die die Amtsdauer der jeweiligen 1. Vorsitzenden des Verbandes umfassen, kennzeichnen will, so kann man vielleicht die Ära seines 1. Vorsitzenden Franz Hoffmann bezeichnen als die Zeit, in der der Verband um die Anerkennung der sächsischen Industrie als gleichberechtigter Stand gegenüber anderen Berufen kämpfte. Die Ära des 2. Vorsitzenden Herrn Geheimrat Lehmann umfaßte die Zeit, in der der Verband zwar manche Früchte aus diesen ersten Jahren ersten konnte (Vertretung in der Zweiten Ständekammer, Beginn eines Entgegenkommens in der Frage der Vertretung der Industrie in der Ersten Ständekammer), sie hatte aber gleichzeitig die schwierigen Probleme zu lösen, die die Krisenzeit der Industrie auferlegte. Die zehn Jahre, in denen dann der jetzt zurückgetretene Vorsitzende Herr Otto Moras an der Spitze des Verbandes stand, werden bei diesem Rückblick in die Erscheinung treten als die schwierigste Zeit, die die Auswirkungen der Revolution und Inflation zu überwinden hatte, wobei es besonders galt, den persönlichen Schutz der Industriellen und der Produktionsstätten und zum anderen Verhältnisse zu schaffen, die dem Industriellen erlaubten, die Produktion wieder auf Basis der Kalkulation und nicht auf Basis der Spekulation aufzubauen. Die jetzt beginnende neue Ära Wittke wird zugleich im Kampfe um die Sicherung des Einflusses der sächsischen Wirtschaft auf die Reichsorganisation die Entscheidung darüber zu bringen haben, ob es gelingt, die sächsische Wirtschaft zu befreien von einem ausreichenden Teil der unerträglichen steuerlichen und sozialpolitischen Lasten und arbeitsrechtlichen Gebundenheiten, die man in Unkenntnis der wirklichen Tragfähigkeit der Wirtschaft in der inneren Gesetzgebung ihr auferlegt hat, und sie zu befreien von einem Teil der Lasten, die der Verfall der Vertrag und die dadurch bedingte unangünstige Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt ihr auferlegt haben.

Die morgige Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller wird ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles sein. Davon, ob es gelingt, dieses Ziel

zu erreichen, wird nicht nur das Schicksal der sächsischen und deutschen Industrie, sondern auch das Schicksal des deutschen Volkes als Ganzes mit abhängen. Grund genug, daß auch alle die Kreise, die der Industrie nicht unmittelbar angehören, der morgigen Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller die ihr gebührende Beachtung entgegenbringen und die Darlegungen der dort zu Worte kommenden führenden Männer der Industrie ohne jede Vorbehalten und ohne jede mit höherer Objektivität prüfen. Geschieht dies, dann wird es auch möglich sein, manche falsche Einstellungen zu beseitigen, die jetzt noch in der Art mehr von Schlagworten als von sachlich unanfechtbaren Tatsachen letzten Endes Öffentlichkeit leider nur zu oft noch anzutreffen ist. Dies

wäre für die weitere Behandlung dieser Fragen ein außerordentlicher Gewinn. Wenn die morgige Tagung der sächsischen Industrie darüber hinaus vor allem aber mit dazu beitragen würde, daß die für die Befreiung maßgebenden Faktoren sich von der Notwendigkeit einer weitgehenden Revision vieler jetzt so unheilvoll auswirkenden Gesetze und Bestimmungen abzurufen und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen, so könnte der Verband Sächsischer Industrieller mit dem Erfolge seiner morgigen Tagung wohl zufrieden sein.

4000 mexikanische Rebellen gefangen

Fluchtartiger Rückzug der Aufständischen

Mexiko, 14. März. 4000 Rebellen, die aus Saltillo entflohen waren, sind von den Regierungstruppen gefangen genommen worden. Im Raum zwischen den Städten Saltillo und Torreon ist es zwischen den Vortruppen der Genere zu Schirmkämpfen gekommen, die sich zu einer für den Ausbruch des Aufstandes entscheidenden Schlacht entwickelten können. Die Regierungstruppen sind gleichzeitig auch im Vorwärtsschritt auf Durango vorgerückt, wobei es zu einem Zusammenstoß mit Truppen der Aufständischen kam. 14 Aufständische sind gefangen, 7 wurden zu Gefangenen gemacht und handrechtlich erschossen. Die der Regierung treugebliebenen Truppen aus den nördlichen Grenzgebieten und aus Niederkalifornien haben eine Bemannung zur Rückeroberung von Nogales eingeleitet. Aus Monterrey wird gemeldet, daß die Truppen der Aufständischen, die zum Teil einen fluchtartigen Rückzug angetreten haben, aus Mangel an Lebensmittelmaterial geblieben, zu verlassen.

Wahrscheinlich keine Flottenkonferenz

London, 14. März. Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ schreibt: Die Gerüchte über einen Beschluß Frankreichs und Großbritanniens, im Juni eine neue Seeabräumungskonferenz einzuberufen, werden in gutunterrichteten Kreisen nicht ernst genommen. Eine neue Konferenz ist sehr unwahrscheinlich, bevor das Terrain nicht vorbereitet worden ist, und gegenwärtig sind vorbereitende Besprechungen

Troški will nur seine Taten besingen

In Berlin keine Regung, ihm die Grenze zu öffnen

Berlin, 14. März. Troški erklärte dem Konstantinopler Korrespondenten eines Berliner Alltagsblattes u. a. folgendes: „Die einzige Regierung, an die ich meine Bitte um Aufenthaltsrecht richtete, ist die deutsche Regierung. Alle anderen Nachrichten sind falsch. Ich wäre am liebsten in Russland geblieben, doch, da die Moskauer Regierung mich zum Verlassen Russlands gezwungen hat, möchte ich aus zwei Gründen am liebsten in Deutschland leben, einmal wegen meiner Gesundheit.“

Ich war 1926 infolge in Berlin

wegen einer Mandeloperation. Ich bin zwar nicht todkrank, aber doch recht leidend. Besonders ein altes Darmleiden macht mir zu schaffen. Ich möchte von den gleichen Berliner Ärzten behandelt werden, die mich 1926 behandelten. Der zweite Grund meines Wunsches, nach Deutschland zu reisen, ist der, daß Deutschland für meine wissenschaftlichen Arbeiten die besten Möglichkeiten bietet. Ich bin damit beschäftigt ein Werk über die russische Revolution und eine Selbstbiographie zu schreiben.“ Troški erklärte ferner: Ich kann mir nicht vorstellen, daß Deutschland mein Gesuch ablehnt. Ich habe bei Einreichung des Gesuches ausdrücklich versichert, daß ich nicht öffentlich hervortreten und in keiner Weise mich in die deutsche Politik einmischen werde, sondern als Kranker isoliert leben möchte. Mein Wunsch ist, nach Behandlung durch Berliner Ärzte, in einem Badeort, etwa Wildungen, zu wohnen und meine literarischen Arbeiten zu vollenden.

Troški erzählte weiter, die Moskauer Regierung habe ihm versichert, Deutschland wolle ihn nicht zulassen. Er habe versucht, sich der Absicht zu erwehren, nach der Türkei zu reisen. Erst als die Versicherung von Deutschlands angeblicher Weigerung habe er die Reise fortgesetzt. In Konstantinopel habe er Mitte Februar in Berliner Zeitungen

unmittelbar, da in England die Parlamentswahlen bevorstehen und die neue amerikanische Regierung eben erst aus New York gekommen ist.

Zwanzig Seeflugzeuge verbrannt

Newport, 14. März. Durch Feuer wurden in einem Flugzeughuppen auf dem Curtissfeld zwanzig Seeflugzeuge zerstört.

Neue Untaten farbiger Franzosen

Saarbrücken, 14. März. In der Gegend von Stiering wurden zwei polnische Bergleute von sechs Algeriern überfallen und beraubt. Drei der Räuber konnten bereits festgenommen werden.

In Metz wurde eine 68 Jahre alte Witwe von dem algerischen Burschen des bei ihr wohnenden Offiziers ermordet und grausam verstümmelt.

Belästigungen auch in Zrier

Zrier, 14. März. Am Mittwoch abend 8 Uhr wurde ein junger Mann, der eine Dame nach Hause begleitete, von zwei marokkanischen Soldaten angefallen und mit dem Seitengewehr bedroht. Vorher hatte einer der Marokkaner ihn um Feuer angeprochen, worauf die beiden Marokkaner den jungen Leuten unbemerkt gefolgt waren. Als diese sich zur Flucht wandten, ließen die farbigen Franzosen immer noch mit der Waffe in der Hand ihnen nach und ließen erst nach einer Strecke von etwa hundert Metern von der Verfolgung ab. Kurze Zeit vor diesem Vorfall waren auch andere Fußgänger an der gleichen Stelle von den marokkanischen Soldaten bedroht worden. Die deutsche und die französische Polizei ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt, doch konnten die Täter bisher noch nicht ermittelt werden.

die bekannte Äußerung des Reichstagspräsidenten zu Gesicht bekommen, und habe daraufhin das russische Konsulat erlucht, in Berlin anzusprechen. Die Antwort habe gelautet: Ablehnende Entscheidung der Regierung endgültig. Dann habe er sich zu dem Telegramm an Löbe und an das deutsche Konsulat entschlossen. Die Äußerung Löbes an das ihm laut wie eine Einladung geklungen. Gestern sei ihm aus Berlin telegraphiert worden, daß die Entscheidung noch nicht gefallen sei.

Dieser Hinweis stimmt auch unseren Informationen nach. Immerhin muß gesagt werden, daß im Kabinett sehr wenig Stimmung für eine Bewilligung dieser Einreisefreilassung besteht.

Hilfe Löbes für Troški auf Umwegen

Berlin, 14. März. Der Reichstagspräsident Löbe veröffentlicht in einer sozialdemokratischen Korrespondenz einen Aufsatz, in dem er zu folgender Schlussfolgerung gelangt: „Die deutsche Republik kann eine große Tradition fortführen und ein wichtiges Freiheitsgut sichern, wenn sie den politisch Verfolgten eine Freistätte bietet, solange diese die Sicherheit des eigenen Landes nicht gefährden. Unzählige der verfolgten russischen Monarchisten bis zum Kriegsminister Suchomlinow haben Deutschland als Zufluchtsort gewählt und leben heute noch hier ebenso wie Angehörige anderer politischer Richtungen. Groß ist die Zahl der ehemaligen oder gegenwärtigen Volksbeauftragten, die in Reichshallen, in Wiesbaden oder anderen Orten Kuratortball suchen, oder sich sonst in Deutschland erholen, wie Tschitscherin, der nun bald seit einem Jahre sich in der Nähe von Berlin aufhält. Was nun allen recht ist, sollte man auch Troški nicht verweigern.“

Moderne Großsiedlung für 23000 Bewohner

Niedrige Mieten

Berlin, 14. März. Vor den Toren Berlins, etwa 25 bis 30 Fahrminuten südlich von einem der Hauptbahnhöfe Berlins entfernt, soll eine neue Großsiedlung

mit etwa 10000 Wohnungen und mit Heimen für rund 400 Leilige

errichtet werden. Die Pläne hierzu stammen von Professor Walter Gropius, Diplomingenieur Stephan Fischer und dem Architekten Friedrich Paulsen, Hauptarchitekt der „Bauwelt“. Professor Gropius und Diplomingenieur Stephan Fischer erhielten bei einem Reichswettbewerb der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bauen und Wohnungsabau für eine ähnliche Großsiedlungsplanung am 2. Februar 1929 von 211 Bewerbern den ersten Preis.

Die kleinsten Wohnungen bieten einer aus vier Mitgliebern bestehende Familie einen angemessenen Wohnraum.

Die Küchen werden Heißwasser erhalten, ferner modernste elektrische Küchengeräte. Geschicht, gebraten und gebacken wird mit billigem Strom, sieben Pfennig für die Kilowattstunde. Der Strom wird in eigenem Kraftwerk erzeugt. Jede Wohnung der Siedlung hat Fernsprechanschluß. Innerhalb der Großsiedlung kann jeder Bewohner kostenlos über die Zentrale der Siedlung sprechen. Die Mieten bei der Siedlung sind so gehalten, daß sie auch von Leuten mit geringerem Einkommen gezahlt werden können und nicht über ein Fünftel des Einkommens hinausgehen.

Diese niedrigen Mieten sind aber nur möglich, wenn die Mieter bei den in der Siedlung einzurichtenden wirtschaftlichen Unternehmungen ihren Bedarf an Lebensmitteln und sonstigen zum täglichen Bedarf gehörenden Gegenständen decken.

Die Siedlung hat ihr eigenes Heizwerk und eine Großwäscherei. Die Läden werden alles enthalten, was

die Mieter brauchen. Bei den Einkäufen in diesen Geschäften der Siedlung erhält der Mieter eine Rabattmarke in Höhe von etwa 10 Prozent, die er bei der Mietzahlung in Anrechnung bringen kann. Die Siedlung enthält ferner noch Kino, Theater, Gesellschaftsräume, Restaurationen, Regelsportplätze, ein großes Schwimmbad, Sport- und Turnhallen, und auch sonst sollen alle Einrichtungen geschaffen werden, die

die Bewohner der Siedlung von dem Verkehr mit der Großstadt unabhängig machen.

Die Siedlung soll eine Stadt von etwa 23000 Einwohnern werden, die in sich geschlossen ihr eigenes Dasein führen kann.

Schwerer Zornado in Süd-Karolina

London, 14. März. Wie aus Greenville im Staate Karolina gemeldet wird, ist die Stadt Videns, 20 Meilen westlich von Greenville, von einem schweren Zornado heimgesucht worden. Soweit bisher bekannt ist, sind acht Personen ums Leben gekommen. Der Sturm hatte eine Geschwindigkeit von 70 Stundenmeilen. Zahlreiche Häuser wurden zerstört. Da alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen ebenfalls schwer beschädigt wurden, sind bisher keine Einzelheiten über die Katastrophe zu erhalten.

Polnische Offiziere unter sich

Warschau, 14. März. Im Generalsstabschef des polnischen Heeres kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen dem Bizevorsitzenden General Kosa und Major Burda. Der General soll angeblich in einem Anschuldigungsbericht erklärt haben, Major Burda habe sich im Jahre 1919 während der Kämpfe um Przemyśl unter einem Welt versteckt. Der Major antwortete mit scharfer Gegenanschuldigungen und behauptete, Kosa habe während der Feindschaftskämpfe seinen Leuten ins Gesicht geschlagen.